

Konfliktfaktor oder Krisenschlichter?

Handlungsoptionen von Diasporagruppen im Konfliktgeschehen

In Deutschland und den übrigen EU-Staaten konzentrierte sich die politische, öffentliche und zu einem Großteil auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Themenfeld Migration lange Zeit auf Fragen der Integration, des Migrationsmanagements bzw. der Eindämmung vor allem irregulärer Migration. Seit den Terroranschlägen in den USA, in Madrid und London wurde das Thema Migration vielfach vorschnell in engen Zusammenhang mit der Bedrohung durch weltweit agierende Terroristengruppen gebracht. So wird die Einführung biometrischer Grenzkontrollen nicht nur in den USA, sondern auch in Europa als Maßnahme zur Bekämpfung irregulärer Migration sowie des internationalen Terrorismus gleichermaßen begründet.

Dieser Trend der „Versicherheitlichung“ von Migration hält unvermindert an. Gleichzeitig lassen sich jedoch Ansätze erkennen, das internationale Migrationsgeschehen nicht ausschließlich als Bedrohung oder Gefahr für den „Westen“, sondern auch als Chance für Entwicklung und Frieden in den Herkunftsländern zu begreifen.

Diese Entwicklung lässt sich insbesondere hinsichtlich der Bewertung des Engagements von Migranten- bzw. Diasporagemeinschaften aus Krisen- und Konfliktgebieten nachvollziehen. Vor allem unter dem Paradigma der sogenannten „Neuen Kriege“ seit Ende des Ost-West-Konflikts, die zunehmend von nicht-staatlichen Akteuren geführt werden, wurde Diasporagruppen dabei bislang hauptsächlich eine entscheidende Rolle bei der materiellen und ideellen Unterstützung von Konfliktparteien zugeschrieben.

So ist nach einer vielzitierten Weltbankstudie das Risiko für einen erneuten Konfliktausbruch in einem Staat innerhalb einer Fünfjahresfrist höher, wenn eine im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung große Diaspora existiert. Nach dieser Studie tragen Diasporagruppen in westlichen Ländern aufgrund ihrer vergleichsweise guten wirtschaftlichen Situation und des Zugangs zu Kommunikations- und Transportmitteln durch ihre Rücküberweisung zur Perpetuierung von Bürgerkriegsökonomien bei (Collier 2000).

Dagegen deuten jüngere Studien vermehrt auf mögliche konstruktive Facetten des Diasporaengagements sowie auf deren Beitrag in Friedens- und Wiederaufbauprozessen in ihren Herkunftsländern hin.

So wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass sie Demokratisierungsprozesse fördern oder durch Auslandsüberweisungen und Wissenstransfer zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Herkunftslandes beitragen können (Zunzer 2004; Mohamoud 2005).

Insbesondere die Aktivitäten der tamilischen, kurdischen, palästinensischen usw. Diaspora sind bereits relativ gut erforscht. Mit Blick auf Diasporagruppen aus dem sub-saharischen Afrika liegen hingegen kaum empirische Studien vor, die ernsthaft den Versuch unternehmen, die Auswirkungen von Diasporaaktivitäten hinsichtlich von Konflikten und Friedensprozessen langfristig zu untersuchen.

Daher sollen in diesem Vortrag zunächst die Grundzüge der Debatte „Konfliktfaktor oder Krisenschlichter“ skizziert und dann anschließend erste Untersuchungsergebnisse zu den Handlungsoptionen und Tätigkeitsfeldern von Diasporagruppen auf der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ebene präsentiert werden, um so eine differenziertere Bewertung von Diasporagruppen zu ermöglichen und Wege zur verbesserten Einbindung und Förderung ihres Engagements aufzuzeigen.

Andrea Warnecke, BICC